



Neue Weisungen für Wohlfahrtsfonds mit Ermessensleistungen

Hilfreiches Arbeitsinstrument für die Stiftungsräte

Per 1. Oktober 2025 traten die revidierten Weisungen der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV) für Wohlfahrtsfonds in Kraft.¹ Die Revision fokussiert sich auf die neuen Leistungsmöglichkeiten für Wohlfahrtsfonds.

Autorin: **Yolanda Müller**

Seit dem 1. Januar 2025 ist die Änderung von Art. 89a Abs. 8 Ziff. 4 ZGB in Kraft. Danach dürfen Wohlfahrtsfonds mit Ermessensleistungen nicht mehr nur freiwillige Leistungen gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Tod und Invalidität, zur Finanzierung anderer Personalfürsorge-stiftungen sowie Unterstützungsleistungen in Notlagen wie bei Krankheit, Unfall und Arbeitslosigkeit erbringen.

Neu dürfen sie auch freiwillige Leistungen bei Krankheit, Unfall oder Arbeitslosigkeit ausserhalb einer Notlage, Massnahmen zur Aus- oder Weiterbildung, Leistungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Gesundheitsförderung und zur Prävention an ihre Destinatäre gewähren.

Dabei müssen sie die Prinzipien der Gleichbehandlung und der Angemessenheit sinngemäss beachten (Art. 89a Abs. 8 Ziff. 3 ZGB). Sie dürfen aus ihrem Stiftungsvermögen keine Leistungen erbringen, zu denen der Arbeitgeber verpflichtet ist; ausgenommen sind Leistungen zu Vorsorgezwecken im Sinne ihrer Stiftungsurkunde (Art. 80 Abs. 1 und 2 BVG).

Der Gesetzgeber hat keine Verordnung zu den neuen Leistungsmöglichkeiten

von Wohlfahrtsfonds erlassen. In der parlamentarischen Beratung wurde angeregt, die konkrete Umsetzung der Gesetzesänderung der OAK BV zu überlassen.² Dem ist die OAK BV nun nachgekommen. Die Konferenz der kantonalen BVG- und Stiftungsaufsichtsbehörden hat ihr Merkblatt vom April 2021 zu den bisherigen Leistungen von Wohlfahrtsfonds deshalb nicht erweitert, sondern zurückgezogen.

Die Weisungen der OAK BV richten sich an die Direktaufsichtsbehörden und sind für diese verbindlich. Ziel der Weisungen ist es, durch Präzisierungen die restriktive Aufsichtspraxis auszuweiten und eine einheitliche Aufsichtspraxis sicherzustellen.³ In der Praxis sind sie aber auch für die Stiftungsräte von Wohlfahrtsfonds ein wichtiges Arbeitsinstrument, um zu klären, welche Leistungsstrategie sie zugunsten ihrer Destinatäre verfolgen wollen und dürfen.

Die OAK BV hatte bereits im November 2016 aufgrund der Gesetzesrevision von Art. 89a Abs. 6 ZGB ff. per April 2016 Weisungen zu den Wohlfahrtsfonds nach Art. 89a Abs. 7 ZGB erlassen. Zu den Leistungen hielt sie fest, dass Wohlfahrtsfonds in Einzelfällen Rentenleistungen erbringen dürfen, ohne in einen Wohlfahrtsfonds mit reglementarischen Leistungen umzuqualifizieren, und dass

Wohlfahrtsfonds die auf ihren Leistungen anfallenden AHV-Beiträge dem Arbeitgeber zurückerstatten dürfen. Im Weiteren statuierte sie Mindestanforderungen an die Buchführung und die Rechnungslegung, indem neben Swiss GAAP FER 26 auch eine Rechnungslegung gemäss OR zulässig ist, im Anhang zur Jahresrechnung indes gewisse Angaben offenzulegen sind. Sie äusserte sich zur Vermögensanlage und Teilliquidation und hielt fest, dass Wohlfahrtsfonds weder zum Erlass eines Anlagereglements verpflichtet sind noch ein Teilliquidationsreglement benötigen.

Neuerungen

Die Aufsichtsbehörden werden zunächst angehalten, die Wohlfahrtsfonds auf der Liste der nicht registrierten Vorsorgeeinrichtungen besonders zu kennzeichnen.⁴

Sodann werden die sieben sich aus dem Gesetz ergebenden Leistungskategorien explizit aufgeführt, nämlich⁵:

- a) Leistungen zur Absicherung der drei Vorsorgerisiken Alter, Tod und Invalidität,
- b) Leistungen zur Finanzierung anderer Personalfürsorgestiftungen,
- c) Leistungen in Notlagen,
- d) Leistungen bei Krankheit, Unfall oder Arbeitslosigkeit,
- e) Leistungen für Massnahmen zur Aus- und Weiterbildung,

¹ Weisungen für Wohlfahrtsfonds gemäss Art. 89a Abs. 7 ZGB, W - 02/2016 vom 1. November 2016, mit Änderungen vom 1. Februar 2019 und 28. August 2025 («Weisungen»), abrufbar unter bit.ly/4o7W7XT

² Votum J. Dittli, AB 2024 S 332.

³ Ziff. 6.1. Weisungen.

⁴ Ziff. 2. Weisungen.

⁵ Ziff. 3.1. Weisungen.

- f) Leistungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- g) Leistungen zur Gesundheitsförderung und Prävention.

Die OAK BV hält ausdrücklich fest, dass die Leistungskategorien und auch die Beispiele in den Erläuterungen den gesetzlich zulässigen Leistungen von Wohlfahrtsfonds entsprechen.⁶ Während die aufgezählten Leistungskategorien abschliessend sind, sind es die in den Weisungen aufgeführten Beispiele nicht.⁷

Die Leistungskategorien a) bis c) waren bereits unter altem Recht zulässig. Damit von den neuen Leistungskategorien d) bis g) Gebrauch gemacht werden kann, ist eine Urkundenänderung notwendig.⁸

Leistungen können oft mehreren Leistungskategorien zugeordnet werden. Nicht zuletzt deshalb sind im Anhang zur Jahresrechnung nur zusammengefasste Angaben zur Höhe und Art der Leistungen offenzulegen.⁹

Der Stiftungsrat entscheidet über die Leistungen nach Ermessen. Dabei ist er an die verfassungsmässigen Grundsätze gebunden (wie den Grundsatz der sinn gemässen Gleichbehandlung und Angemessenheit, das Willkürverbot und das Verhältnismässigkeitsprinzip). Destinatäre sind in vergleichbaren Situationen nicht unterschiedlich zu behandeln. Für die Leistungskategorien d) bis g) erachtet die OAK BV neben internen Richtlinien auch jederzeit änderbare Reglemente mit Pauschalierungen (z.B. für einen Zuschuss an die Kinderbetreuung oder an Krankenkassenbeiträge KVG nach sozialen Kriterien) als zulässig, da solche Leistungen nicht dem Freizügigkeitsgesetz unterliegen, sondern berufliche Vorsorge im weiteren Sinn darstellen.¹⁰

Leistungen bei Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit fallen darunter, sofern sie nicht durch eine ent-

sprechende Versicherung abgedeckt sind. Möglich sind aber unter anderem Überbrückungshilfen bis zu einer Entscheidung der Eid. IV.¹¹

Zur Teilliquidation hält die OAK BV fest, dass ein Wohlfahrtsfonds anstelle einer Teilliquidation auch Sozialplanmassnahmen oder eigene soziale Auffangmassnahmen im Rahmen der vorstehend aufgeführten Leistungskategorien (mit-)finanzieren darf. Die Aufsichtsbehörde kann in diesem Fall von einer Teilliquidationsverfügung absehen. Es ist im Einzelfall zu prüfen, ob mit solchen Leistungen die Anwartschaften des Abgangsbestands aus der Teilliquidation genügend abgefunden wurden.¹²

Praxisrelevante Beispiele

Bei den von der OAK BV aufgeführten zahlreichen Beispielen¹³ sind besonders erwähnenswert:

- eine Aufstockung der Kurzarbeitsentschädigung als kollektive Härtefallleistung¹⁴,
- bei Entlassungen, Sozialplänen oder Massenentlassungen: die (Mit-)Finanzierung von Umschulungen, Weiter- oder Berufsausbildungen, Outplacement-Massnahmen oder eine Aufstockung der Arbeitslosenentschädigung sowie Leistungen zur Verlängerung der Kündigungsfrist oder einen nach objektiven Kriterien pauschalierten (Bar-)Betrag für die betroffenen Arbeitnehmenden,
- die Kostenübernahme für eine externe Anlaufstelle im Unternehmen, an die sich die Destinatäre bei finanziellen oder sonstigen Problemen wenden können (betriebliche «Sozialberatung»),
- die (Mit-)Finanzierung der Kosten für ein Case Management,
- ein Zustupf an die Krankenkassenprämie nach sozialen Kriterien,
- Kita-Beiträge und Übernahme von Schulkosten,
- ein Prämienbeitrag für eine höhere Spitalkategorie nach einem Unfall für die Belegschaft.

TAKE AWAYS

- Die Weisungen der OAK BV (W – 02/2016) zu den Wohlfahrtsfonds gemäss Art. 89a Abs. 7 ZGB wurden wegen der neuen gesetzlichen Leistungsmöglichkeiten revidiert.
- Die Weisungen halten fest, dass die sieben gesetzlichen Leistungskategorien abschliessend sind. Sie nehmen keine Gewichtung vor.
- Die in den Weisungen aufgeführten Beispiele zu den Leistungskategorien sind nicht abschliessend.

Bisherige Leistungsmöglichkeiten bleiben gewahrt

Die revidierten Weisungen der OAK BV zu den Wohlfahrtsfonds geben einen guten Überblick über die neuen Leistungsmöglichkeiten und stellen damit ein hilfreiches Arbeitsinstrument für die Stiftungsräte von Wohlfahrtsfonds dar, die sich Gedanken zur Leistungsstrategie ihres Wohlfahrtsfonds machen.

Die Weisungen der OAK BV unterscheiden bei den vorerwähnten Leistungskategorien zu Recht nicht zwischen solchen mit einem Haupt- und solchen mit einem Nebenzweck. Bereits im Gesetzgebungsverfahren war ein entsprechender Minderheitsantrag, dass die neuen Leistungskategorien volumenmässig Nebenzwecke bleiben, im Nationalrat abgelehnt worden.¹⁵ Neue Leistungsmöglichkeiten

⁶ Ziff. 6.1. Weisungen.

⁷ Ziff. 6.2. Weisungen. Die Beispiele basieren auf dem Bericht der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats vom 31. August 2023 (BBl 2023.2077) und den parlamentarischen Beratungen.

⁸ Ziff. 6.2 und 6.1. Weisungen; Art. 6c^{bis} Schlusstitel ZGB.

⁹ Ziff. 4.1 Weisungen.

¹⁰ Ziff. 6.3. Weisungen.

¹¹ Ziff. 6.2. Weisungen.

¹² Ziff. 6.8. Weisungen.

¹³ Ziff. 6.2. Weisungen.

¹⁴ Wohl analog der Mitteilung der OAK BV M-02/2020 «Leistungen von Wohlfahrtsfonds bei Kurzarbeit als Folge der Corona-Pandemie».

¹⁵ Der Minderheitsantrag der Kommission SGK-N zu Art. 89a Abs. 9 Ziff. 42. Lemma E-ZGB «...ausrichten, sofern diese Zwecke volumenmässig Nebenzwecke der Wohlfahrtsfonds bleiben; in diesen Fällen...» wurde vom Nationalrat am 7. März 2024 verworfen und vom Ständerat nicht wieder aufgegriffen (AB 2024 N 358).

dürfen damit nicht von der Ausschüttung von Leistungen der beruflichen Vorsorge im engen Sinn (also gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Tod und Invalidität) abhängig gemacht werden. Das pflichtgemässe Ermessen des Stiftungsrats ist von der Aufsichtsbehörde zu respektieren.

Umgekehrt stellen sie auch klar, dass die bisherigen Leistungsmöglichkeiten von Wohlfahrtsfonds gewahrt bleiben. Wohlfahrtsfonds dürfen deshalb weiterhin, auch ausserhalb eines Härtefalls, unter Wahrung der vorerwähnten verfassungsmässigen Grundsätze, freiwillige Zusatzleistungen zu den reglementarischen Vorsorgeleistungen bei Alter, Tod und Invalidität an ihre Destinatäre leisten. Damit steht fest, dass z. B. bei einer Urkundenänderung der Zweck der beruflichen Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Tod und Invalidität nicht einzuschränken oder gar aus der Urkunde zu streichen ist. Das würde der Rechtsnatur der Wohlfahrtsfonds, dem Stifterwillen sowie einer einheitlichen Rechtsanwendung widersprechen. ■



Yolanda Müller

Rechtsanwältin, CAS Berufliche Vorsorge (IRP-HSG), c/o Dufour Advokatur AG, Vorstandsmitglied PatronFonds

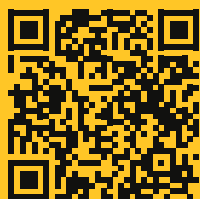
Werbung Publicité

Die Kaderschmiede in
der beruflichen Vorsorge



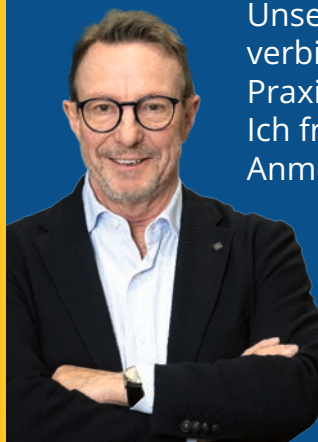
Kursprogramm 2026

Jetzt Platz sichern:



- Diplomausbildung
- Fachausbildung
- Ausbildung für Stiftungsräte
- Fachkurse und Seminare

fs-personalvorsorge.ch



«Wir bilden die Schweizer Führungskräfte in der beruflichen Vorsorge aus. Unsere Ausbildungen verbinden Theorie und Praxis auf hohem Niveau. Ich freue mich auf Ihre Anmeldung.»

Urs Hunziker
Direktor Fachschule



Nouvelles directives pour les fonds de bienfaisance à prestations discrétionnaires

Instrument de travail utile pour les membres du conseil de fondation

Les directives révisées de la Commission de haute surveillance de la prévoyance professionnelle (CHS PP) pour les fonds de bienfaisance sont entrées en vigueur le 1^{er} octobre 2025.¹ La révision se concentre sur les nouvelles possibilités de prestations pour les fonds de bienfaisance.

Auteur: **Yolanda Müller**

La modification de l'art. 89a al. 8 ch. 4 CC est en vigueur depuis le 1^{er} janvier 2025. Selon cette loi, les fonds de bienfaisance à prestations discrétionnaires ne peuvent plus fournir uniquement des prestations facultatives contre les conséquences économiques de la vieillesse, du décès et de l'invalidité, pour financer d'autres fondations de prévoyance en faveur du personnel ainsi que des prestations d'assistance dans des situations de détresse telles que la maladie, l'accident et le chômage.

Désormais, ils peuvent également octroyer à leurs destinataires des prestations facultatives en cas de maladie, d'accident ou de chômage en dehors d'une situation de détresse, des mesures de formation initiale ou continue, des prestations permettant de concilier vie familiale et vie professionnelle ainsi que des prestations de promotion de la santé et de prévention.

Ce faisant, ils doivent respecter par analogie les principes de l'égalité de traitement et de l'adéquation (art. 89a al. 8 ch. 3 CC). Ils ne peuvent fournir aucune prestation prélevée sur la fortune de la fondation et que l'employeur est tenu de fournir, à l'exception des prestations à des fins de pré-

voyance au sens de leur acte de fondation (art. 80 al. 1 et 2 LPP).

Le législateur n'a pas édicté d'ordonnance sur les nouvelles possibilités de prestations des fonds de bienfaisance. Lors des délibérations parlementaires, il a été suggéré de confier la mise en œuvre concrète de la modification de la loi à la CHS PP.² La CHS PP s'y est conformée. La Conférence des autorités cantonales de surveillance LPP et des fondations n'a donc pas complété son mémento d'avril 2021 sur les prestations actuelles des fonds de bienfaisance, mais l'a retiré.

Les directives de la CHS PP s'adressent aux autorités de surveillance directe et sont contraignantes pour celles-ci. L'objectif des directives est d'étendre la pratique restrictive de surveillance par des précisions et de garantir une pratique de surveillance uniforme.³ Mais dans la pratique, elles constituent également un instrument de travail important pour les conseils de fondation de fonds de bienfaisance, qui leur permet de clarifier la stratégie de prestations qu'ils veulent et peuvent poursuivre en faveur de leurs destinataires.

La CHS PP avait déjà édicté en novembre 2016 des directives sur les fonds de bienfaisance au sens de l'art. 89a al. 7 CC

¹ Directives pour les fonds de bienfaisance selon l'art. 89a al. 7 CC, D - 02/2016 du 1^{er} novembre 2016, avec modifications du 1^{er} février 2019 et du 28 août 2025 (« Directives »), consultables sur bit.ly/4o7W7XT

² Vote de J. Dittli, BO 2024 p. 332.

³ Ch. 6.1. Directives.

TAKE AWAYS

- Les directives de la CHS PP (D – 02/2016) relatives aux fonds de bienfaisance selon l'art. 89a al. 7 CC ont été révisées en raison des nouvelles possibilités légales de prestations.
- Les directives retiennent que les sept catégories de prestations légales sont exhaustives. Elles ne procèdent à aucune pondération.
- Les exemples relatifs aux catégories de prestations mentionnés dans les directives ne sont pas exhaustifs.

en raison de la révision de la loi à l'art. 89a al. 6 CC ss en avril 2016. En ce qui concerne les prestations, elle a précisé que les fonds de bienfaisance pouvaient verser des prestations de rente dans des cas particuliers, sans être requalifiés en fonds de bienfaisance avec prestations réglementaires, et que les fonds de bienfaisance pouvaient rembourser à l'employeur les cotisations AVS dues sur leurs prestations. En outre, elle a fixé des exigences minimales en matière de comptabilité et de présentation des comptes, en autorisant la présentation des comptes selon le CO en plus des Swiss GAAP RPC 26, certaines indications devant toutefois être publiées dans l'annexe aux comptes annuels. Elle s'est exprimée sur le placement de fortune et la liquidation partielle et a constaté que les fonds de bienfaisance n'étaient pas tenus d'édicter un règlement de placement et n'avaient pas besoin d'un règlement de liquidation partielle.

Nouveautés

Dans un premier temps, les autorités de surveillance sont tenues d'identifier particulièrement les fonds de bienfaisance

sur la liste des institutions de prévoyance non enregistrées.⁴

Les sept catégories de prestations découlant de la loi sont ensuite explicitement mentionnées, à savoir⁵:

- prestations destinées à couvrir les trois risques de prévoyance vieillesse, décès et invalidité,
- prestations destinées au financement d'autres fondations de prévoyance en faveur du personnel,
- prestations dans des situations de détresse,
- prestations en cas de maladie, d'accident ou de chômage,
- prestations pour des mesures de formation initiale et continue,
- prestations permettant de concilier vie familiale et vie professionnelle,
- prestations de promotion de la santé et de prévention.

La CHS PP retient expressément que les catégories de prestations ainsi que les exemples dans les commentaires corres-

⁴ Ch. 2. Directives.

⁵ Ch. 3.1. Directives.

Werbung Publicité



NEU

Hypotheken

Webinar Anlagewerkstatt

Viele Pensionskassen investieren als Teil ihrer Anlagestrategie in Hypotheken. Welche Eigenschaften haben diese Investitionen? Welche Chancen und Risiken bringen sie mit sich und welche Umsetzungswege bieten sich für Pensionskassen an? Diese Fragen werden in einem Webinar vertieft.

Dienstag, 3. März 2026

Infos und Anmeldung unter vps.epas.ch



Know-how-Partner



helvetia

Asset Management AG





pondent aux prestations légalement autorisées des fonds de bienfaisance.⁶ Alors que les catégories de prestations énumérées sont exhaustives, les exemples cités dans les directives ne le sont pas.⁷

Les catégories de prestations a) à c) étaient déjà autorisées sous l'ancien droit. Une modification de l'acte est nécessaire pour pouvoir faire usage des nouvelles catégories de prestations d) à g).⁸

Les prestations peuvent souvent être attribuées à plusieurs catégories de prestations. C'est notamment la raison pour laquelle seules des informations résumées sur le montant et la nature des prestations doivent être présentées dans l'annexe aux comptes annuels.⁹

Le conseil de fondation décide des prestations à sa discrétion. Ce faisant, il est lié par les principes constitutionnels (tels que le principe d'égalité de traitement par analogie et d'adéquation par analogie, l'interdiction de l'arbitraire et le principe de proportionnalité). Dans des situations comparables, les destinataires ne doivent pas être traités différemment. Pour les catégories de prestations d) à g), la CHS PP considère comme licites, outre les directives internes, des règlements modifiables en tout temps avec des calculs forfaitaires (p.ex. pour une subvention pour la garde d'enfants ou pour des cotisations de la caisse-maladie LAMal selon des critères sociaux), étant donné que de telles prestations ne sont pas soumises à la loi sur le libre passage, mais constituent une prévoyance professionnelle au sens large.¹⁰

Les prestations en cas de maladie, d'accident, d'invalidité ou de chômage en font partie, pour autant qu'elles ne soient pas couvertes par une assurance correspondante. Des aides transitoires sont toutefois possibles en attendant une décision de l'AI fédérale.¹¹

En ce qui concerne la liquidation partielle, la CHS PP retient qu'au lieu d'une

liquidation partielle, un fonds de bienfaisance peut aussi (co)financer des mesures de plan social ou ses propres mesures sociales d'atténuation dans le cadre des catégories de prestations susmentionnées. Dans ce cas, l'autorité de surveillance peut renoncer à une décision de liquidation partielle. Il convient de vérifier au cas par cas si les attentes de l'effectif sortant de la liquidation partielle ont été suffisamment compensées par de telles prestations.¹²

Exemples pertinents pour la pratique

Parmi les nombreux exemples cités par la CHS PP,¹³ il convient de mentionner en particulier:

- une augmentation de l'indemnité en cas de chômage partiel en tant que prestation collective pour cas de rigueur¹⁴,
- en cas de licenciements, de plans sociaux ou de licenciements collectifs: le (co-)financement de reconversions, de formations continues ou professionnelles, de mesures d'outplacement ou d'une augmentation de l'indemnité de chômage ainsi que des prestations visant à prolonger le délai de congé ou un montant (en espèces) calculé de façon forfaitaire selon des critères objectifs pour les travailleurs concernés,
- la prise en charge des coûts d'un point de contact externe dans l'entreprise auquel les bénéficiaires peuvent s'adresser en cas de problèmes financiers ou autres («conseil social» en entreprise),
- le (co-)financement des coûts d'un Case Management,
- un coup de pouce aux primes d'assurance-maladie selon des critères sociaux,
- des contributions aux crèches et la prise en charge des frais de scolarité,
- une contribution aux primes pour une catégorie hospitalière supérieure après un accident pour le personnel.

Les possibilités de prestations actuelles sont maintenues

Les directives révisées de la CHS PP sur les fonds de bienfaisance donnent un bon aperçu des nouvelles possibilités de

prestations et constituent ainsi un instrument de travail utile pour les conseils de fondation de fonds de bienfaisance qui réfléchissent à la stratégie de prestations de leur fonds de bienfaisance.

C'est à juste titre que les directives de la CHS PP ne font pas de distinction dans les catégories de prestations susmentionnées entre celles ayant un but principal et celles ayant un but accessoire. Déjà au cours de la procédure législative, une proposition de minorité visant à ce que les nouvelles catégories de prestations restent des buts secondaires en termes de volume avait été rejetée par le Conseil national.¹⁵ Les nouvelles possibilités de prestations ne doivent donc pas dépendre de la distribution de prestations de la prévoyance professionnelle au sens strict (c'est-à-dire contre les conséquences économiques de la vieillesse, du décès et de l'invalidité). L'autorité de surveillance doit respecter le pouvoir d'appréciation du conseil de fondation.

À l'inverse, elles précisent également que les possibilités de prestations actuelles des fonds de bienfaisance sont maintenues. Les fonds de bienfaisance peuvent donc continuer à fournir à leurs destinataires, même en dehors d'un cas de rigueur, des prestations complémentaires facultatives aux prestations de prévoyance réglementaires en cas de vieillesse, de décès et d'invalidité, dans le respect des principes constitutionnels susmentionnés. Il est ainsi établi qu'en cas de modification de l'acte, par exemple, le but de la prévoyance professionnelle contre les conséquences économiques de la vieillesse, du décès et de l'invalidité ne doit pas être restreint, voire supprimé de l'acte. Cela irait à l'encontre de la nature juridique des fonds de bienfaisance, de la volonté des fondateurs et d'une application uniforme du droit. ■

⁶ Ch. 6.1. Directives.

⁷ Ch. 6.2. Directives. Les exemples se basent sur le rapport de la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national du 31 août 2023 (FF 2023.2077) et les délibérations parlementaires.

⁸ Ch. 6.2 et 6.1. Directives; art. 6c^{bis} Titre final CC.

⁹ Ch. 4.1 Directives.

¹⁰ Ch. 6.3. Directives.

¹¹ Ch. 6.2. Directives.

¹² Ch. 6.8. Directives.

¹³ Ch. 6.2. Directives.

¹⁴ Probablement par analogie avec le communiqué de la CHS PP M-02/2020 «Prestations du fonds de bienfaisance en cas de chômage partiel dû à la pandémie de coronavirus».

¹⁵ La proposition de la minorité de la commission CSSS-N au sujet du tiret de l'art. 89a al. 9 ch. 42. P-CC «...prévention, dans la mesure où ces buts demeurent, pour ce qui est de leur volume, des buts accessoires de la fondation patronale de bienfaisance; dans ces cas...» a été rejetée par le Conseil national le 7 mars 2024 et n'a pas été reprise par le Conseil des États (BO 2024 N 358).